



Mitteilung

Berlin, den 19. Juni 2014

**Die 15. Sitzung des Ausschusses für Ernährung
und Landwirtschaft
findet statt am
Montag, dem 30. Juni 2014, 14:00 bis 16:00 Uhr
Berlin, Marie-Elisabeth-Lüders-Haus,
Adele-Schreiber-Krieger-Straße 1
Sitzungssaal: 3.101**

Sekretariat
Telefon: +49 30 227-32580
Fax: +49 30 227-36022

Sitzungssaal
Telefon: +49 30 227-31483
Fax: +49 30 227-30487

**Die Benutzung von Mobiltelefonen im Sitzungssaal
ist nicht gestattet!**

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

**Geplantes Freihandels- und Investitionsabkommen
zwischen der EU und den USA (Transatlantic
Trade and Investment Partnership - TTIP)**

Da im Anhörungssaal nur eine beschränkte Anzahl von Besucherplätzen bereitsteht, werden interne und externe Besucher gebeten, sich im Sekretariat des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft unter el-ausschuss@bundestag.de anzumelden. Externe Besucher werden gebeten, ihr Geburtsdatum anzugeben.

Gitta Connemann, MdB
Vorsitzende



Stand: 19. Juni 2014

Liste der Sachverständigen

Öffentliche Anhörung am Montag, 30. Juni 2014,
14:00 bis 16:00 Uhr im Anhörungssaal 3.101,
Marie-Elisabeth-Lüders-Haus (MELH)

Geplantes Freihandels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA (Transatlantic Trade and Investment Partnership - TTIP)

(Verteilerschlüssel: 3-2-1-1)

Interessenvertreter und Institutionen:

**Bundesvereinigung der Deutschen
Ernährungsindustrie e.V. (BVE)**
Claire-Waldoff-Straße 7
10117 Berlin

Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)
Claire-Waldoff-Straße 7
10117 Berlin

Europäische Kommission
Rue de la Loi/Wetstraat 170
1040 Brüssel, Belgien



Einzelsachverständige:

Prof. Dr. Markus Krajewski

Friedrich-Alexander-Universität
Erlangen-Nürnberg
Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
Schillerstraße 1
91054 Erlangen

Virginia Robnett

Coalition for Sensible Safeguards
Center for Effective Government
2040 S Street NW, 2nd Floor
Washington, DC 20009, USA

Nikolai Soukup

Arbeiterkammer Wien
Abteilung EU und Internationales
Prinz Eugen-Straße 20 – 22
1040 Wien, Österreich

Arnd Spahn

Sozialversicherung für Landwirtschaft,
Forsten und Gartenbau (SVLFG)
Weißensteinstraße 70 – 72
34131 Kassel



Stand: 19. Juni 2014

Fragen an die Sachverständigen

Öffentliche Anhörung am Montag, 30. Juni 2014,
14:00 bis 16:00 Uhr im Anhörungssaal 3.101,
Marie-Elisabeth-Lüders-Haus (MELH)

1. Was sind die Ziele und Bestandteile von TTIP?
2. Sehen Sie im Vergleich zu früheren Verhandlungen derartiger Abkommen bei den Verhandlungen zu TTIP mehr oder weniger Transparenz gewährleistet?
3. Welche Bedeutung hat das TTIP-Abkommen für die Lebensmittel- und Landwirtschaft in Deutschland?
4. Befürworten Sie eine Veröffentlichung der relevanten Dokumente seitens der Europäischen Kommission nach Absprache mit den Verhandlungsführern der USA, um so das Vertrauen der Bürger zu gewinnen und sowohl Befürwortern als auch Kritikern des Freihandelsabkommens die Möglichkeit zu geben, ihre Position zu verifizieren?
5. Befürchten Sie eine Aushöhlung oder Abschwächung der bestehenden Standards innerhalb der Europäischen Union, insbesondere in den Bereichen Klima- und Umweltschutz, Tierschutz, Kennzeichnungspflicht für Lebensmittel und Zulassung hormon- und genveränderter Lebensmittel, durch eine Angleichung an die der USA?
6. Welche Unterschiede hinsichtlich des in der Europäischen Union und Deutschland angewandten vorsorgenden bzw. des in den USA üblichen nachsorgenden Verbraucherschutzes bestehen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten (verbunden mit praktischen Beispielen) und wie wird diesbezüglich in den Verhandlungen zum Freihandelsabkommen eine „wissenschaftsbasierte Bewertung“ dieser Standards definiert?
7. Gibt es Hinweise, dass die Europäische Kommission bereits jetzt Regulierungsvorhaben abschwächt oder verzögert, um den USA entgegen zu kommen (Beispiele: Genehmigung der Milchsäurebehandlung von Rinderschlachtkörpern und Verzicht auf Kennzeichnung von Klonfleisch) und wie würden Sie dies bewerten?



8. Halten Sie es für eine realistische Gefahr, dass durch Investitionsschiedsgerichte, das demokratische Recht, allgemeine Regelungen zum Schutz von Gemeinwohlzielen zu schaffen, gefährdet, ausgehebelt oder umgangen wird oder dass ein Marktzugang, der solchen Regeln widerspricht, einklagbar wird?
9. Wie muss man sich die zukünftige Entwicklung von Verbraucher, Umwelt- und Tierschutzgesetzen vorstellen, wenn die im Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) geplante regulatorischen Kooperation umgesetzt wird und welche Erfahrungen mit einem solchen Abstimmungsmechanismus gibt es, wie zum Beispiel in den USA mit dem „notice and comment“, bereits?
10. Welche Funktion soll der „Rat für regulatorische Kooperation“ (Regulatory Cooperation Council) erfüllen, wie soll er zusammengesetzt sein und welchen Einfluss werden die Unternehmen auf der einen und die Zivilgesellschaft auf der anderen Seite haben?
11. Inwieweit könnte die im Rahmen der Regulationskooperation in den Vorverhandlungen vor allem von US-amerikanischer Seite eingeforderte „frühzeitige“ Einbindung des amerikanischen Vertragspartners die Entwicklung neuer Regulierungen in den Bereichen Agrar und Verbraucherschutz verzögern oder abschwächen?
12. Halten Sie die aktuell diskutierten Reformansätze der Europäischen Kommission zu ISDS (Investor-Staat-Streitschlichtung) für ausreichend, auch im Hinblick auf das im Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) formulierte allgemeine Bekenntnis zum "right to regulate" und ist nach Ihrer Einschätzung damit der vollumfängliche Erhalt des staatlichen Regulierungsrechts gewährleistet?